

Rotes Gift für Kinder

Der Hintergrund der Pankower Ferienaktion: Eine lautlose Infiltration

Unter den zahllosen Infiltrationsversuchen Pankows spielt die Ferienaktion der Kinder eine besondere Rolle. Seit Jahren bemüht sich die SED, wenn auch mit ständig geringer werdendem Erfolg, in der Ferienzeit Tausende von Kindern aus der Bundesrepublik in die Sowjetzone zu holen, um sowohl die Kinder wie auch auf diesem Umweg die Eltern politisch zu beeinflussen. Diese Propagandaaktion wird auch nach Ende der Ferien und nach Rückkehr der Kinder in die Bundesrepublik fortgesetzt.

Daß sich hinter dieser Ferienaktion ein massiver Infiltrationsversuch verbirgt, den Pankow ohne Rücksicht auf die Kosten betreibt, haben wohl nur diejenigen Eltern bisher nicht begriffen oder begreifen wollen, die ihre Kinder in die sowjetzonalen Ferienlager schickten. Die Warnung vor solchen Ferienreisen wurde vom Organ des „Bundes der Deutschen“, der „Deutschen Volkszeitung“ am 24. Juli 1960 mit der biederen Erklärung beantwortet, die „Arbeitsgemeinschaft frohe Ferien für alle Kinder“ wolle ja schließlich nur eines: den Kindern einen kostenlosen Ferienaufenthalt bieten. Ein paar Tage später allerdings rückte das SED-Zentralorgan in Berlin „Neues Deutschland“ mit der Wahrheit heraus: In den Lagern dürfe „nichts unversucht bleiben, um das deutsche Gespräch für ein atomfreies, friedliches und demokratisches Deutschland zu führen“. Wie üblich, bestimmt Pankow was friedlich ist: als vorbildlich nannte „Neues Deutschland“ ein Lager, in dem die Kinder „Bürgerkrieg“ spielten.

den die „fortschrittlichen pädagogischen Prinzipien“ der SED. Auch nach der Ankunft im Ferienlager wird die Schulung in zweitägigen bis einwöchigen Kursen fortgesetzt. Hier wird dann besonderer Wert darauf gelegt, eine Beeinflussung der Kinder auch an ihrem westdeutschen Heimatort sicherzustellen und der kommunistischen Propaganda das Tor zu öffnen. Die Helfer haben den Auftrag, Elternausschüsse zu gründen, Weihnachtsfeiern, Kinderfeste, Zoobesuche oder Erinnerungsabende zu veranstalten und den Kontakt zu den Eltern zu kräftigen, sie vor allem zur Mitarbeit in der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft“ (Sitz Düsseldorf) zu gewinnen.

Das liest sich dann in einem Rundschreiben der „Zentralen Arbeitsgemeinschaft“ u. a. folgendermaßen:

„Wir haben die Aufgabe, mit den Eltern und Kindern in guter Verbindung zu bleiben. Die in der Ferienbewegung entstandenen Elternausschüsse müssen gefestigt werden; dort, wo noch keine Ausschüsse bestehen, sollte man sofort für Bildung sorgen.“

Systematisch werden Gelegenheiten geschaffen, um auch die Eltern in die kommunistische Propaganda einzubeziehen. Dazu dienen in erster Linie die Wiedersehensfeiern:

„Das Programm der Wiedersehensfeiern gestalten die Kinder gerne selbst, da sie viel Schönes erlebt und gelernt haben. Die von den Betreuern in der praktischen Arbeit gesammelten Erfahrungen werden bei der Vorbereitung solcher Veranstaltungen von größtem Nutzen sein. . . . Bei dieser Gelegenheit sollte man nicht versäumen, die Eltern zu bitten, Berichte, Briefe und Bilder aus den Ferienlagern mitzubringen. . . . Wie

bereits im vergangenen, so wird es auch in diesem Jahre selbstverständlich sein, von den Wiedersehensfeiern Dankschreiben an die entsprechenden Stellen der DDR zu schicken. . . . Zu diesen Versammlungen wollen wir auch Eltern und Erzieher aus der DDR einladen, um somit das gesamtdeutsche Gespräch zu festigen.“

Um den Verdacht abzulenken, sollen die Propagandabeauftragten selber möglichst wenig in Erscheinung treten, dafür aber Unverdächtige in den Vordergrund schieben:

„Bestehende Raumschwierigkeiten sollte man dahingehend zu überwinden versuchen, daß man sich an die Jugend- und Schulämter und Sportvereine wendet. Hierzu ist es notwendig, daß sich Patenschaften der Eltern dazu bereit finden, diese Anträge zu stellen. . . . Aus den hier gestellten Aufgaben wird uns allen klar, daß man sie nur bewältigen kann, wenn wir uns der Mithilfe breiter Kreise wie: Sportorganisationen, Wohlfahrtsverbände, Erzieher, Ärzte, Gewerkschaften usw. versichern. . . .“

Pankows Erziehungsziele

Seit 1959 existieren in der sowjetischen Besatzungszone genaue Richtlinien über „die bessere Arbeit mit den westdeutschen Kindern und Helfern während der Ferien“. Wiederum war es „Neues Deutschland“, das daraus zitierte, die „westdeutschen Kindergruppen“ sollten zu „festen Kollektiven entwickelt werden, die nach der Rückkehr in ihre Heimatorte weiter tätig sind“. Den westdeutschen Helfern soll ein Funktionär der SED zur Seite gestellt werden, der dafür verantwortlich ist, „daß die Erziehungsziele verwirklicht werden“. Was damit gemeint ist, sagen die „Richtlinien“: „Die von uns verantwortlich gemachten Helfer sollen voll und ganz die Politik unseres Staates vertreten.“ Zwischen den westdeutschen Helfern und ihren Kollegen aus dem SED-Regime sollen Verbindungen geschaffen werden, „die auch nach den Ferien fortbestehen sollen“.

Schon vor Jahren hat Karl Schirdewan, damals noch leitender Funktionär, Mitglied des Zentralkomitees der SED und

Dankschreiben nach Pankow

Die SED verwendet viel Mühe darauf, den Einfluß, den sie auf die Kinder aus der Bundesrepublik in den Ferienlagern gewinnt, nicht abbrechen zu lassen und ihn auf die Eltern auszudehnen. Pankow widmet daher besondere Aufmerksamkeit den ausgesuchten Betreuern, denen die Kinder in den Ferienlagern anvertraut sind.

Für die Reisebegleiter, die aus der Bundesrepublik kommen, begann im Januar 1956 eine systematische Schulung in dem ehemaligen Erholungsheim der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ in Hohn-Seppensen bei Buchholz statt. Grundlage der Schulung bil-

Verantwortlicher für den Aufbau und die Kontrolle der Abteilung „Leitende Organe der Partei und der Massenorganisationen“, die Marschrichtung der Infiltration westdeutscher Ferienkinder mit den Worten deutlich gemacht: „Wir zweifeln nicht, daß sie in ihren Familien, in den Schulen, unter ihren Spielfahrten, ihren Freunden und Kameraden darüber berichten werden und die Sehnsucht aller Kinder der Werktätigen in Westdeutschland nach unserer Arbeiter- und Bauern-Macht wecken.“

An dritter Stelle

Eine New Yorker Bank hat in ihrem Monatsbericht vom Juli 1960 interessante Feststellungen über „Entwicklung des Geldwertes“ veröffentlicht. Bei der Untersuchung der Entwicklung in 35 Ländern gelangt sie zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik mit einem Wertverlust von 12 v. H. in den Jahren von 1949 bis 1959 die drittbeste Stelle innerhalb der von ihr in die Untersuchung einbezogenen Ländern einnimmt. Vor der Bundesrepublik rangieren lediglich Portugal mit 5 v. H. und die Schweiz mit 10 v. H. Wertverlust. Die Wertverlustzahlen der übrigen europäischen Länder für den Zeitraum 1949 bis 1959 sind folgende: Belgien 17, Italien 24, Niederlande 30, Dänemark 32, England 34, Schweden 35, Norwegen 38, Spanien 45, Frankreich und Griechenland 46 sowie Österreich 47 v. H. In den USA betrug der Wertverlust 18, in Kanada 21 v. H.

Wie gehabt: Titel, Orden, Wanderfahne

Aus einer Anlage zur „Zweiten Verordnung über staatliche Auszeichnungen“ der Sowjetzone geht hervor, daß es folgende Ehrungen und Titel in der Sowjetzone gibt: 1. Verdienter Aktivist (neuerdings auch: hervorragender Jugendaktivist), 2. Verdienter Arzt des Volkes, 3. Verdienter Bergmann, 4. Verdienter Eisenbahner, 5. Verdienter Erfinder, 6. Verdienter Lehrer des Volkes, 7. Verdienter Meister, 8. Verdienter Meister des Sports, 9. Verdienter Techniker des Volkes, 10. Verdienter Tierarzt, 11. Verdienter Züchter, 12. Meisterbauer oder Meisterbäuerin (neuerdings: der Genossenschaftsproduktion), 13. Meisterhauer, 14. Meister des Sports, 15. Hervorragender Genossenschaftler, 16. Aktivist des Fünf-Jahresplanes, 17. Für ausgezeichnete Leistungen, 18. Für ausgezeichnete Leistungen im Wettbewerb, 19. Brigade der besten Qualität, 20. Brigade der kollektiven Aktivistendarbeit, 21. Brigade der hervorragenden Leistung, 22. Hervorragende Jugendbrigade der DDR.

Außerdem gibt es 15 verschiedene Medaillen, vier Wanderfahnen u. a. Wanderfahnen des Ministerrates und Wanderfahne der Ministerien und Staatssekretariate, ferner drei sonstige Auszeichnungen für besondere Leistungen für die „Nationale Volksarmee“ und die Grenzpolizei. Außerdem gibt es einen Orden „Banner der Arbeit“ und fünf Preise, z. B. „für künstlerisches Volksschaffen“.

Ferien in der Zone

Was die Verantwortlichen in der Sowjetzone unter Kinderferien verstehen, geht deutlich aus einer Anweisung hervor, die die Zeitschrift „Pädagogik“, das Organ des deutschen pädagogischen Zentralinstituts in der Zone veröffentlichte. Darin heißt es wörtlich:

„Besonders häufig tritt bei den Kindern die Meinung auf, sie brauchten im Ferienlager nicht zu arbeiten, weil sie sich erholen sollen. Die ablehnende Haltung erstreckt sich meist auf die gesellschaftlich nützlichen Arbeiten. Im allgemeinen dürfte es keine Schwierigkeiten geben, die Kinder durch Arbeit für die Arbeit zu gewinnen. Wir haben darauf hingewiesen, wie das geschehen kann. Der Erzieher darf aber auch ein offenes Gespräch mit den Kindern nicht scheuen. Dabei wäre es verfehlt, wollte er die Kinder davon zu überzeugen versuchen, daß die Arbeit letztlich auch ihrer Erholung diene. Viele Erfahrungen haben gezeigt, daß es zweckmäßiger ist, wenn sich der Erzieher bemüht, die Kinder von der Notwendigkeit der betreffenden Arbeit zu überzeugen. Er spricht etwa folgendermaßen zu den Kindern (selbstverständlich nur zu den Kin-

dem, die keine Lust zur Arbeit zeigen): 'Kein Mensch zwingt euch, zu arbeiten. Aber so und so steht die Sache. Wenn wir nicht helfen, kann großer Schaden entstehen. Es geht ja um Volkseigentum. Ich denke, wir können nicht abseits stehen. Nur eines macht mir Sorge: ob die Arbeit nicht zu schwer für euch wird?' Man kann mit ziemlicher Sicherheit damit rechnen, daß die Kinder prompt widersprechen und beweisen wollen, daß sie die Arbeit mit Leichtigkeit schaffen.

Zu wenig Erfolg führt es unseres Erachtens, wenn den Kindern vorgehalten wird, wieviel Geld der Staat für ihre Beköstigung, für die Instandhaltung des Lagers usw. ausgibt. Man hofft damit zu erreichen, daß die Kinder nun aus Dankbarkeit auch dem Staat helfen wollen. Wir haben aber bis jetzt nur die gegenteilige Wirkung erlebt: Die Kinder empörten sich über diese allzu offensichtliche Nötigung zur Arbeit. . . . Es ist durchaus denkbar, daß man den Kindern sagt: 'Unser Staat gibt euch dies und jenes. Es ist deshalb eure Pflicht, auch dem Staat zu helfen, wenn er euch braucht.' Leider haben wir nie gute Erfahrungen mit dieser Methode gemacht.“

Not soll gelindert werden Wiedergutmachungsleistungen der Bundesrepublik

Rund 24,5 Milliarden DM bringt die Bundesrepublik insgesamt zur Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts auf. Rund die Hälfte der Summe wird im laufenden Jahr bezahlt sein. Demgegenüber hat die Sowjetzone bisher keinen Pfennig für die Wiedergutmachung bezahlt.

Die Leistungen der Bundesregierung erstrecken sich auf Individual- und Globalwiedergutmachung. Die Einzelwiedergutmachung nach dem Bundesentschädigungsgesetz und dem Bundesrückerstattungsgesetz wird auf 16 Milliarden DM geschätzt. An der Spitze der Globalleistung steht die Zahlung an den Staat Israel und an die „Conference of Jewish Material Claims against Germany“, die auf Grund eines 1952 in Luxemburg unterzeichneten Abkommens in zwölf bis 14 Jahren 107 Mill. Dollar erhalten werden. Nach einer Entscheidung des Bundeskabinetts vom Dezember 1958, dem Schlußpunkt von längeren Verhandlungen, erhalten acht von zwölf Staaten, die sich an die Bundesrepublik wegen der Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts gewandt hatten, Globalbeträge. Die Gelder sollen als Hilfe für erlittene körperliche Schäden und den Verlust der Freiheit sowie zur Unterstützung Hinterbliebener Verwendung finden. U. a. erhalten Luxemburg 18 Millionen DM, Dänemark 16 Millionen DM, Norwegen 60 Millionen DM, die Niederlande 100 Millionen DM und Griechenland 115 Millionen DM. Mit den Ländern Österreich, Italien und Schweden sind die Verhandlungen noch nicht beendet. Mit Frankreich wurde ein Abkommen über 400 Millionen DM abgeschlossen.

Auch einem Personenkreis, der nach dem Haager Abkommen zunächst aus dem 500-Millionen-Dollar Kontingent für Geschädigte jüdischen Glaubens nicht befriedigt werden konnte, wird nach dem Willen der Bundesregierung Hilfe zu überall in der Welt leben sogenannte Nichtglaubensjuden, die selbst oder deren Vorfahren vom jüdischen zu einem anderen Glauben übergetreten sind. Für sie werden aus einem Gesamtbetrag in Höhe von 50 Millionen Dollar in der Bundesrepublik und in Europa Altersheime errichtet werden.

Die Bundesregierung weiß, daß die Verbrechen der Vergangenheit nicht ungeschehen gemacht werden können. Sie will aber durch ihre Leistungen die Not lindern, die aus nationalsozialistischem Unrecht entstand.

Angst vor Reisen

Der Reiseverkehr zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetzone geht durch die rigorosen Reisebeschränkungen des Pankower Machthaber weiter zurück. Im ersten Halbjahr 1960 ist gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres erneut ein Rückgang um 5 v. H. zu verzeichnen. 1959 wurden nur noch 32 v. H. der Interzonenreisenden vom Jahre 1957 gezählt.

50 Tote durch Rechtsbrüche ...

Sowjetische Überfälle auf amerikanische Flugzeuge seit 1950

Innerhalb der letzten zehn Jahre haben sowjetische Flugzeuge 12mal amerikanische Maschinen über internationalem Territorium angegriffen. Acht amerikanische Flugzeuge wurden dabei abgeschossen, 50 Luftwaffensoldaten der USA verloren durch diese Rechtsbrüche ihr Leben.

Hier die Bilanz seit 1950:

April 1950: Über der Ostsee verschwindet spurlos eine Aufklärungsmaschine der US-Marine, die sich auf einem Übungsflug befand. Die Sowjets behaupteten später, die Amerikaner hätten bei der Annäherung sowjetischer Flugzeuge das Feuer eröffnet. Die zehnköpfige Besatzung ertrank.

November 1951: Über internationalen Gewässern vor der sibirischen Küste greifen sowjetische Maschinen ein amerikanisches Flugzeug, das zur Wetter-Beobachtung eingesetzt war an und schießen es ab. Die zehn Besatzungsmitglieder sind mit dem verschwunden.

Oktober 1952: Eine unbewaffnete Maschine der US-Luftwaffe geht nach einem Angriff sowjetischer Jagdflugzeuge über japanischem Hoheitsgebiet verloren. Die achtköpfige Besatzung fand dabei den Tod.

März 1953: Vor der sibirischen Küste, über internationalen Gewässern, greifen sowjetische Jagdflugzeuge ein Flugzeug der US-Luftwaffe an. Die amerikanische Besatzung schießt zurück. Es gibt keine Verluste.

Juli 1953: Über der Japanischen See, die zu den internationalen Gewässern gehört, schießen sowjetische Maschinen ein US-Flugzeug vom Typ „B-50“ ab. Von der siebzehnköpfigen Besatzung kann nur einer gerettet werden.

September 1954: Über der Japanischen See greifen die Sowjets ein Erkundungsflugzeug der US-Marineluftwaffe an und bringen es zum Absturz. Ein Besatzungsmitglied wird dabei getötet.

November 1954: Über Hokkaido (Japan) beschießen sowjetische Maschinen ame-

rikanische „B-29“. Ein Mitglied der Besatzung fällt dem Überfall zum Opfer.

Juni 1955: Über der Bering-Straße schießen sowjetische Jagdmaschinen ein amerikanisches Erkundungsflugzeug ab. Drei Besatzungsmitglieder werden verwundet. Die sowjetische Regierung drückt daraufhin ihr „Bedauern“ aus und bezahlt die Hälfte des entstandenen Schadens.

November 1958: 80 Kilometer vor der sowjetischen Küste über der Ostsee und etwa gleich weit entfernt von sowjetischem Hoheitsgebiet über der Japanischen See werden zwei amerikanische Maschinen von sowjetischen Kampfflugzeugen angegriffen. Es entstehen keine Verluste.

Juni 1959: 100 Kilometer vor der Nordkoreanischen Küste, also über internationalen Gewässern, wird ein amerikanischer Luftwaffensoldat verwundet, als rothinesische oder kommunistisch-koreanische Jagdflugzeuge ein US-Erkundungsflugzeug angreifen.

1. Juli 1960: Eine „RB-47“ der US-Luftwaffe wird vor der sowjetischen Küste über internationalen Gewässern bei der Durchführung elektro-magnetischer Forschungsarbeiten abgeschossen und stürzt in die Barents-See. Vier Besatzungsmitglieder finden den Tod, zwei Überlebende werden von den Sowjets als Gefangene behandelt.

Diesen Vorfällen stand lediglich einmal, im Mai 1955 der Abschub zweier sowjetischer Maschinen durch amerikanische Jagdflugzeuge gegenüber: Damals griffen die Einheiten der Roten Luftwaffe US-Jäger vom Typ „F-86“ über internationalen Gewässern vor der koreanischen Küste an. Die Amerikaner wehrten sich und vernichteten zwei der Angreifer.

Diese Bilanz zeigt zur Genüge, wo und von wem der Frieden gebrochen wird.

fung der Rechtslage und nach seiner eigenen Meinung der Auftrag nicht zurückgenommen werden könne. Architekt Römer wird also, wie vom Rat entschieden, die neue Volksschule bauen.

Mehr als 500 000 Wohnungen

Laut einer Feststellung des Bundesministeriums für Wohnungsbau ist in diesem Jahr wiederum mit der Fertigstellung von mehr als einer halben Million Wohnungen zu rechnen. Von ihnen werden auch im Jahr 1960 rund 300 000 die Merkmale des sozialen Wohnungsbaus tragen. Mit diesem Ergebnis wird eine Festlegung des zweiten Wohnungsbau-gesetzes erfüllt, der zufolge bis 1962 jährlich möglichst 300 000 Wohnungen im sozialen Wohnungsbau errichtet werden sollen.

Auf ein Wort

Liebe Freunde,

bis zu den Bundestagswahlen ist es noch mehr als ein Jahr, aber die SPD — dieselbe SPD, die der Union oft und gerne vorwirft, sie betreibe Politik nur mit dem Blick auf den Wahltag — hat es offenbar eilig, mit dem Wahlkampf zu beginnen. In der vergangenen Woche haben ihre Spitzengremien zu diesem Zweck eine elfköpfige Gruppe mit dem Berliner Bürgermeister Brandt an der Spitze ausgewählt, die nunmehr draußen im Land die SPD repräsentieren soll, vom Parteivorsitzenden Ollenhauer selbst ein „Team der Zuverlässigkeit“ genannt. Das drängt einem die Frage geradezu auf die Lippen, ob die weit aus bekannteren Namen aus den Reihen dieser Partei — denken Sie an Ollenhauer selbst, an von Knoeringen, Mommer, Arndt, Heinemann, denken Sie vor allem an Herbert Wehner — nach Meinung der SPD dieses Prädikat nicht verdienen.

Es gibt eine Menge von Fragen, die wir und, wie sich am Presseecho auf die Erklärung der vergangenen Woche ablesen läßt, die Öffentlichkeit an die SPD zu stellen haben. Die Aussicht, darauf klare Antworten zu erhalten, scheint indessen nicht allzu groß zu sein. Das Hin und Her der letzten Monate, die Unklarheiten und Widersprüche allein in der letzten Woche bieten ein erstaunliches Bild dieser Partei. Auch Willy Brandt ist in seinen Erklärungen den brennenden Fragen der deutschen Bündnis- und Außenpolitik ausgewichen. Klar ist offenbar nur eines: wer nämlich die wirklich bestimmende und entscheidende Rolle in der SPD spielt. Weniges beleuchtet die wahren Verhältnisse so deutlich wie der in dieser Ausgabe auszugsweise veröffentlichte Bericht über den Ablauf der SPD-Tagung, der die Machtposition Herbert Wehners blitzartig deutlich werden läßt.

Wir haben nicht die Absicht, Herbert Wehner und seiner Partei die wahrhaft notwendige klare Stellungnahme zu ersparen. Eine unserer Fragen ist indessen auch an eine andere Adresse gerichtet. Die SPD hat kurzerhand den Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, in ihr Wahlteam aufgenommen. Es ist nicht schwer zu erraten, welche Hoffnungen sie damit verbindet. Zu gut ist uns noch in Erinnerung, welche Anstrengungen sie bei den Wahlkämpfen von 1953 und 1957 unternommen hat, um den DGB auf eine einseitige politische Aktivität für die SPD festzulegen. Anstelle der DGB-Aktion „Wählt einen besseren Bundestag“ von 1953, anstelle der Förderung der Anti-Atomaktion durch den DGB im Jahre 1957 soll nunmehr also der DGB-Chef höchstpersönlich die SPD im Lande repräsentieren. Wir haben nichts davon gehört, daß die Millionen von DGB-Mitgliedern vorher um ihre Meinung dazu gefragt worden wären und wir werden sehr darauf zu achten haben, welche Auswirkungen dieses Manöver der SPD in der Zukunft haben wird.

Ihr Konrad Kraske

Bundesparteitag in Köln

Auf Beschluß des Bundesvorstandes der CDU ist als Termin für den Bundesparteitag im Bundestagswahljahr 1961 die Zeit vom 23. bis 27. April festgelegt worden. Der Tagungsort ist Köln.

Zurückgepfiffen

In Bockum-Hövel wurde die SPD-Fraktion von ihrem eigenen Bürgermeister zu rechtgewiesen. Wie in „Union in Deutschland“ Nr. 30 berichtet, hatte die SPD-Fraktion gefordert, dem Architekten Römer den erteilten Bauauftrag für eine Schule zu entziehen, weil Römer nach der Auftragserteilung sich zum 1. Vorsitzenden der CDU von Bockum-Hövel wählen ließ. Nunmehr hat der SPD-Bürgermeister seinen Genossen mitgeteilt, daß nach Prü-

Die große Enttäuschung

Was sich hinter der SPD-Wahlmannschaft verbirgt

Die SPD will nach einem Beschluß ihrer Spitzengremien vom 24. August mit einer repräsentativen „Mannschaft“ in den Bundestagswahlkampf des kommenden Jahres gehen. Der „Deutschland-Union-Dienst“ der CDU/CSU stellt klar heraus, daß die Benennung dieser elfköpfigen Mannschaft nur dazu dient, die wahren Machtverhältnisse in der SPD zu verschleiern.

So schreibt der „Deutschland-Union-Dienst“ u. a.:

„Mit großem Aufwand hat die Sozialdemokratie das Ergebnis der Sitzung ihrer Spitzengremien bekanntgegeben und praktisch zum drittenmal ihre sogenannte Mannschaft der deutschen Öffentlichkeit präsentiert. Noch eine letzte kleine Hürde hat die Mannschaft zu nehmen, den Parteitag der SPD im November in Hannover. Schon jetzt ist sicher, daß sich die Delegierten für Willy Brandt als Kanzler-Kandidaten und für seine Mannschaft aussprechen werden.

Die drei Schritte der SPD

Herbert Wehner, von dem die deutschen Zeitungsleser vor kurzem erfahren hatten, er verbringe seinen Urlaub in Skandinavien und nur der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer wisse seine Telefonnummer, verließ sein Urlaubs- Domizil, um seinen großen Tag zu genießen. Denn die Nominierung Willy Brandts und seiner neuen alten Mannschaft ist praktisch sein Werk. Als die Entscheidung fiel, war den politisch Eingeweihten längst klar, daß sie der vorläufig letzte Stein in einem sorgsam errichteten Gebäude, als dessen Baumeister sich Herbert Wehner ausweist, war. Die Nominierung Willy Brandts ist eine konsequente Fortsetzung der von Herbert Wehner mit Nachdruck betriebenen Versuche, die SPD bürgerlicher erscheinen zu lassen. Nachdem die SPD dreimal bei den Bundestagswahlen entscheidend geschlagen worden ist, sucht sie nunmehr ihr Heil darin, den sogenannten Ballast abzuwerfen und sich bürgerlich zu geben, d. h. auch für Schichten wählbar zu machen, die bisher nicht SPD wählten. Der erste Schritt war die Veröffentlichung des dehnbaren Godesberger Grundsatzprogramms, der zweite die Propagierung der These von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Außenpolitik, und der dritte Schritt ist nun die Herausstellung des Kanzler-Kandidaten Brandt, von dessen Popularität sich die SPD günstige Wahlaussichten verspricht.

Wehners Konzept

Diese drei Schritte sind praktisch von Herbert Wehner konzipiert worden. Er will, wie er auf dem Godesberger Parteitag der SPD selbst ausführte, die SPD endlich an die Macht bringen. Dazu erscheint es ihm notwendig, der Bevölkerung die Sorge vor sozialistischen Experimenten zu nehmen. Wer könnte diese, so kalkuliert er, besser zerstreuen als Willy Brandt, der ja in Berlin bewiesen hat, wie hart er außenpolitisch ist. Diese Kalkulation muß aber jeden nachdenklich stimmen, der sich in der Politik der letzten Jahre etwas genauer auskennt, insbesondere in der Politik

der Sozialdemokratie. Wieviel taktische Schwenkungen die SPD, vor allem aber Herbert Wehner, vollzogen hat, ist hinlänglich bekannt. Im März 1959 setzte Herbert Wehner in seiner Partei den sogenannten ‚Deutschlandplan‘ durch, der gefährlichste Elemente enthielt, und den nationalen Weg zur Wiedervereinigung, so wie ihn sich die Sozialisten illusionär vorstellen, propagierte.

Ein Jahr später verwarf der Vater dieses Planes sein eigenes Produkt, wobei er sich jedoch die Möglichkeit offen hielt, später wieder einmal auf diesen Plan zurückzugreifen, wenn die Zeit dafür reif sei, d. h., wenn die SPD die Macht habe. Wie es Wehner gelungen war, die Partei hinter diesen Plan zu bringen, so gelang es ihm auch, seine Partei davon zu überzeugen, daß es aus taktisch-politischen Gründen notwendig sei, dieses Produkt zunächst einmal in die Ecke zu stellen.

Der stärkste Mann

Ähnlich ist es mit dem Godesberger Grundsatzprogramm. Auch hier war es Wehner, der die immer noch im marxistischen Denken verhafteten Genossen davon überzeugte, daß man Ballast abwerfen müsse. Aber er beruhigte sie gleich wieder mit dem Hinweis, daß dieses neue Programm keinen Riegel darstelle, der es den Sozialdemokraten verbiete, das zu tun, was sie als Sozialdemokraten für notwendig halten. Das heißt doch nichts anderes, als daß sich Herbert Wehner freie Hand lassen will für den Fall, daß die SPD einmal die Macht in der Bundesrepublik erhält. Daran würde er sich auch nicht von Brandt hindern lassen. Die Wahl Brandts zum Kanzler-Kandidaten der SPD muß man unter diesem Gesichtswinkel sehen. Der stärkste Mann in der SPD heißt nicht Brandt, sondern Wehner; und wie die SPD in den letzten Jahren Wehner gefolgt ist, so wird sie das auch in Zukunft tun. Deshalb ist die Nominierung Brandts die große Täuschung der Wählerschaft, um ihr Sand in die Augen zu streuen. Herbert Wehner bleibt nur äußerlich im Hintergrund, indem er nicht in die ‚Mannschaft‘ der SPD hineinging. Er wird immer aus dem Hintergrund die Fäden der sozialdemokratischen Politik ziehen. Ihm ist der Einfluß auf seine Partei wichtiger als irgendein Amt in der Mannschaft der SPD oder in einer möglichen Regierung.

Was will Brandt?

Was nun den Kanzler-Kandidaten Brandt selber anbetrifft, so hat die CDU/CSU es bisher vermieden, sich mit ihm auseinanderzusetzen. Sie tat das nicht zuletzt im Interesse der bedrohten Hauptstadt Berlin, an deren Spitze Brandt als Regierender Bürgermeister

steht. Nun aber hat sich Brandt in den Kampf der SPD um die Macht in der Bundesrepublik eingeschaltet. Er ist jetzt der Kanzler-Kandidat der SPD, und seine kommenden Erklärungen müssen von der CDU/CSU unter diesem Gesichtspunkt gesehen und gewertet werden. Brandt muß aus der Unverbindlichkeit heraustreten und klar sagen, welche Politik er als Kanzler-Kandidat der SPD betreiben will. Allgemeine Lippenbekenntnisse haben wir von der SPD genügend zu hören bekommen. Aber nicht Worte, sondern Taten sind entscheidend. Das soll nicht heißen, daß man Brandts Eintreten für die Sache Berlins irgendwie schmälern will. Er muß aber konkret erklären, wie er sich die Gestaltung der Politik in der Bundesrepublik durch die SPD vorstellt.“

Zur CDU übergetreten

Im Rat der Stadt Braunschweig traten drei Mitglieder der Deutschen Partei, unter ihnen der Bundestagsabgeordneter Dr. Steinmetz, zur CDU über. Der bisherige Kreisvorsitzende der Deutschen Partei im nordrhein-westfälischen Landkreis Geilkirchen-Heinsberg, Albert Jansen, ist nach der Auflösung seiner Partei im Kreis Mitglied der CDU geworden.

Aus der SPD ausgetreten

Der Bonner Stadtverordnete Lothar Hegewisch, Oberregierungsrat im Bundesernährungsministerium, ist aus der SPD ausgetreten und hat auch sein Amt als Vorsitzender des „Bundes der politisch verfolgten Sozialdemokraten“ niedergelegt. Hegewisch, der 14 Jahre lang SPD-Mitglied war, erklärte zu diesem Schritt, er habe sich mit der Partei „auseinandergelebt“, insbesondere könne er die Linie der Partei in verschiedenen Fragen der Bundespolitik nicht mehr billigen.

Im Rat der Stadt Bonn ergibt sich daraus eine neue Verteilung der Sitze: CDU 22, SPD 14, FDP 5, dazu fraktionslos Lothar Hegewisch.

KURZ - ABER WICHTIG

Im Zuwachs der Industrieproduktion in der Welt im Jahre 1959 steht Westeuropa mit 12,6 v. H. an der Spitze. Innerhalb von Westeuropa steht im Jahreszuwachs an der Spitze Italien mit 16,3 v. H. Es folgen Holland mit 14,7, England mit 13,2, Bundesrepublik mit 12,3 und Frankreich mit 11,9 v. H.

Von 1953 bis 1959 ist die wöchentliche Arbeitszeit in der Bundesrepublik um 10 v. H. zurückgegangen. In einer vergleichenden Übersicht der Wirtschaftskommission der UNO wird festgestellt, daß die Bundesrepublik die Arbeitszeit damit unter den europäischen Ländern am stärksten herabgesetzt hat.

Der Außenhandel der Sowjetzone wird zu 75 v. H. mit den Ländern des Ostblocks abgewickelt, davon entfallen 45 v. H. auf die Sowjetunion und 30 v. H. auf die übrigen Länder des „sozialistischen Lagers“. Von den 25 v. H. des Handels mit „kapitalistischen Ländern“ entfallen 11 v. H. auf den Interzonenhandel.

„Mannschaft ohne Rechte“

Presseecho zur Benennung der SPD-Repräsentanten

Die Benennung der elfköpfigen „Mannschaft“ für den Bundestagswahlkampf 1961 durch die Führungsgremien der SPD hat in der Presse ein vielfach skeptisches Echo gefunden. Diese kritische Betrachtung findet sich, wie die nachstehenden Zitate beweisen, auch in Blättern, denen man eine uneingeschränkte Sympathie mit der CDU kaum nachsagen kann.

„Auf jeden Fall ist es offensichtlich, daß die SPD erhebliche Mühe hat, den Widerstand der marxistischen Bezirks-Funktionäre gegen den neuen Kurs zu überwinden. Daß es in erster Linie mit dem Argument geschieht, die SPD müsse nun endlich an die Regierung gelangen, und dieses Ziel sei einzig mit verbürgerlichten Parolen erreichbar, macht den Kurswechsel der SPD nicht sehr überzeugend.“

Basler Nachrichten, 25. August 1960

„Die Kandidatur Brandt und die Zusammensetzung der zehnköpfigen Mannschaft lassen erkennen, daß die SPD ihren Wahlkampf auf einen Sturmangriff auf die bürgerliche CDU-Hochburg ausrichtet. Es wäre ein Irrtum zu glauben, die zehn Köpfe repräsentieren den gegenwärtigen politischen Status der Partei, oder in dieser Auswahl sei die tatsächliche Führungsgruppe zu suchen.“

Nationalzeitung (Basel), 25. August 1960

„Ein Risiko hat allerdings diese Spekulation: das Risiko nämlich, daß die, die man mit dem neuen bürgerlichen Rechtsdrall gewinnen will, sich sagen: wenn schon die SPD mit ihrem Team bürgerliche Politik machen will, warum dann nicht gleich zum vertrauten und bewährten bürgerlichen Schmied gehen, statt es mit dem unerprobten und unerfahrenen gemauerten SPD-Schmiedlein versuchen?“

Heidelberger Tageblatt, 25. August 1960

„Wehner, die eigentliche politische Begabung seiner Partei, hat die Grenze seiner eigenen Popularität beim Wählervolk kühl berechnet und seine Folgerungen daraus gezogen; er bleibt der Motor der Partei und begnügt sich damit, die SPD-Mannschaft auszusuchen und zusammenzustellen.“

Rhein-Neckar-Zeitung, 25. August 1960

„Betrachtet man die übrige Mannschaft der SPD, so fällt auf, daß Dr. Dr. Gustav Heinemann nicht mit von der Partie ist. Ob die ablehnende Haltung dieses mit einem messerscharfen Verstand ausgestatteten Mannes gegenüber der Militärpolitik Bonns und seine realistische Einschätzung der deutschen Frage den SPD-Parteivorstand bewog, ihn nicht mit in den Kreis jener Persönlichkeiten aufzunehmen, die nach einem Wahlsieg der SPD die Geschicke der Bundesrepublik bestimmen würden? Denn schließlich kann niemand bestreiten, daß Gustav

Heinemann zu den klügsten Köpfen innerhalb der Sozialdemokratie zählt.“

Oberfränkische Volkszeitung,
27. August 1960

Chefredakteur: SPD Bundestagsabgeordneter Arno Behrlich

„Die um Brandt gruppierte Elfer-Mannschaft stellt sich einseitig als ein Zweitwessen heraus. Ein ‚Schattenkabinett‘ der Opposition soll es nicht sein; die vorfabrizierte Regierung für den Fall eines Wahlsieges der SPD aber auch nicht; und die Wahlkampfleitung sollen die elf ebenfalls nicht innehaben. Was bleibt? Eine Bildergalerie für die Litfaßsäulen; die reine Repräsentanz der Öffnung der SPD nach rechts? Die Idee, die hinter der Elfergruppe steckt, ist in Bedenken und Unklarheiten hängengeblieben. Und der Parteivorstand will und kann sich guterding nicht selbst ent-machen. Denn mit Brandt strebt die SPD der Macht in Bonn zu.“

Frankfurter Allgemeine Zeitung,
26. August 1960

„Diese Mannschaft besitzt allerdings gegenüber der Partei keinerlei Rechte, und sie ist nicht einmal eine Ministerliste für eine SPD geführte Bundesregierung, wie gestern der Parteivorsitzende Ollenhauer und seine beiden — gleichfalls in der Liste fehlenden — Stellvertreter Wehner und von Knöringen betont haben. Die Funktion der Mannschaft ist rein repräsentativer Natur, die politischen Direktiven erhalten sie von den Parteivorsitzenden und den Parteigremien.“

Weser-Kurier, 25. August 1960

Agitation in Münchenberg

SPD-Stadtratsbeschuß gegen Bundeswehr

In der Stadtratsitzung in Münchenberg (Oberfranken) vom 25. August 1960 hat die SPD-Fraktion mit Unterstützung von zwei Angehörigen einer Wählergemeinschaft den Antrag einer Amberger Bundeswehrdienststelle, ihr für eine Ausstellung ein stadteigenes Gelände zur Verfügung zu stellen, zu Fall gebracht.

Die Begründung, mit der die SPD die Bitte der Bundeswehr ablehnte, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Haltung der Sozialdemokratie in den unteren Rängen zur Bundeswehr. Ihr Sprecher erklärte, eine Werbung für die Bundeswehr könnte nur „alte Erinnerungen“ wecken; den Witwen und Waisen des letzten Krieges sei eine solche Veranstaltung nicht zuzumuten. Die SPD lehne es im übrigen ab, die „Abwerbung“ von örtlichen Arbeitskräften durch die Bundeswehr dadurch zu unterstützen, daß sie für solche Zwecke kostenlos stadteigenes Gelände — es handelt sich um den Platz der sonst für die Abhaltung von Schützenfesten, Wiesenfeste usw. benutzt wird — zur Verfügung stelle.

Und immer wieder: Am Schalthebel sitzt Wehner

Die „Frankfurter Rundschau“ veröffentlichte am 27. August einen Bericht über den Verlauf der Sitzung der SPD-Gremien, die mit der Benennung der elf Repräsentanten ihren Abschluß fand. Der nachstehende Auszug aus diesem Bericht läßt die dominierende Rolle Herbert Wehners erkennen:

„Nicht unangefochten bleibt die Nominierung der elf Personen, die — wie Ollenhauer es ausdrückte — ‚Anziehungskraft auf alle demokratischen Kräfte‘ ausüben sollen. Der Vorsitzende des Bezirks Hessen-Süd, Möller (Frankfurt), steuert auf den Sudetendeutschen Wenzel Jaksch zu: ‚Ich kann mir nicht vorstellen, daß Jaksch in der Außenpolitik immer im Einklang mit der Partei gestanden hat.‘ Die Attacke ist unter den hessischen Delegierten offensichtlich abgesprochen. Nach der Antwort Herbert Wehners, der sich für Jaksch (den stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen) einsetzt, obwohl er selbst oft Meinungsverschiedenheiten mit Jaksch hat, stimmen alle Delegierten für Jaksch — nur die Delegierten der hessischen Bezirke bleiben bei ihrer Ablehnung.“

Die Abgeordnete Frau Beyer (Frankfurt) legt ihre Attacke noch breiter an. Ob man ihr erklären könne, wie die Liste der elf Persönlichkeiten überhaupt zustande gekommen sei (Frau Beyer und die Abgeordnete Frau Strobel hatten in der engeren Wahl gestanden; Frau Strobel war schließlich unter die Elf aufgenommen worden). Wehner benutzt seine noble Antwort dazu, deutlich noch einmal auszusprechen, daß man die Elf nicht nach Gruppen ausgewählt habe, die von ihnen vertreten würden. Es seien elf Persönlichkeiten ausgesucht worden, die die Partei als solche repräsentieren können.“

Diese letztere Begründung war dazu bestimmt, die SPD-Ablehnung über die Runden zu retten. Die Fraktionsgemeinschaft der übrigen Parteien — 2 CSU, 7 Wählergemeinschaft und 2 Heimatverbände — hatte nämlich in einer vorhergehenden Beratung einstimmig beschlossen, dem Antrag der Bundeswehr zuzustimmen. Mit diesem Mehrheitsbeschuß wäre also der Stadtrat von Münchenberg über die Ressentiments der SPD hinweg zur Tagesordnung übergegangen, wenn nicht in der Abstimmung bei der entscheidenden Sitzung zwei Mitglieder der Wählergemeinschaft entgegen dem Fraktionsbeschuß mit der SPD gegen den Antrag der Bundeswehr gestimmt hätten. Auf beide hatten offenbar die „Ablehnungsgründe“ der SPD Eindruck gemacht.

Peking gegen deutsche Einheit

Mit Moskau und Ostberlin für die Spaltung

Wenn man in letzter Zeit häufiger von Meinungsverschiedenheiten zwischen Moskau und Peking spricht, sollte man nicht die Einmütigkeit der zwei kommunistischen Großmächte in einer Frage übersehen: Ihre konsequente Politik zur dauernden Spaltung Deutschlands.

Im Frühjahr hörten deutsche Kaufleute, die im Zuge des Handels zwischen Rotchina und der Bundesrepublik in das Reich Mao Tsetungs führen, mehrfach folgenden Hinweis: Die Lieferungen Westdeutschlands nach Rotchina seien mit einem Wert von 681 Millionen Dollar im Jahre 1958 recht hoch gewesen — und also habe Peking nun durchaus die Möglichkeit, mit seiner Drosselung dieses Handels „politischen Druck“ auszuüben. . . . Tatsächlich sank der Handel im vergangenen Jahr auf einen Wert von 540 Millionen Dollar.

Dieser Rückgang des Handelsaustauschs fiel zeitlich mit den weltweiten Spannungen um Chruschtschows Berlin-Ultimatum zusammen. Tatsächlich gibt es nicht einen einzigen sowjetischen Deutschland-Plan, den Peking nicht mit jubelnder Zustimmung begrüßt hätte. Alle diese Pläne dienen der Verhinderung freier Wahlen — also der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts —, sie dienen zur Fortdauer der Spaltung Deutschlands und der kommunistischen Kolonialherrschaft über die Sowjetzone. Peking nimmt seit Jahren einseitig und zum Schaden des deutschen Volkes Partei.

Mao Tse-tung schickte schon vor Jahren einen Botschafter nach Ost-Berlin. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze zählte zu den ersten Liebesdiensten Pekings für Ulbricht. Noch im letzten Jahre versicherte sich der rotchinesische Verteidigungsminister in Warschau, auch Rotchina werde „Polens Rechte auf seine Westgebiete“ notfalls verteidigen.

Seit dem Berlin-Ultimatum der Sowjetregierung vom 27. November 1958 läßt sich die Pekinger Haltung in der Deutschlandfrage in folgenden Punkten zusammenfassen

- Anpreisen der sowjetischen Forderungen, also Absage an das Selbstbestimmungsrecht;
- Verdächtigung der Bundesrepublik als eine der „Hauptursachen“ des Unfriedens in der Welt;
- Lob des Zonenregimes als „Freund der friedliebenden Völker“.

Die Propaganda unterscheidet sich mithin in nichts von der sowjetischen oder SED-kommunistischen. Ihr Zweck ist es, die Bundesrepublik und ihre Forderungen in der Deutschlandfrage bei den europäischen Nachbarn in Mißkredit zu bringen. Gleichzeitig soll das Zonenregime

vor allem in Afrika, Asien und Lateinamerika als das „eigentliche, wirkliche Deutschland“ proklamiert werden. Das läßt sich dann so:

„Das deutsche Monopolkapital und die Militaristen berauben in Westdeutschland die Menschen ihrer demokratischen Rechte und unterdrücken die Arbeiterbewegung. Nach außen verfolgen sie aktiv einen ausgedehnten Expansionsplan, um das ‚Großdeutsche Reich‘ zu errichten, den Einfluß auf die benachbarten europäischen Länder auszuweiten, die Oder-Neiße-Grenze aufzuheben und große Teile der Volksrepublik Polen zu annektieren. Sie haben Absichten auf den Mittleren Osten und Afrika. . . .“ („Volkszeitung, Peking, 15. November 1958 — Zentralorgan der KP Chinas).

„Ausländische Truppen müssen aus Berlin abziehen. Auf diese Art kann diese Bastion des Kalten Krieges in eine friedliche Stadt verwandelt werden. Berlin muß dem deutschen Volke zurückgegeben werden.“ (Nachrichtenagentur „Neues China“ zu Chruschtschows Berlin-Ultimatum).

„Unter Nichtbeachtung der gegenwärtigen Realität der Existenz zweier Deutschlands haben die Westmächte das deutsche Volk durch alle möglichen Mittel an der Ausübung seines heiligen Rechts gehindert, sein Vaterland zu vereinigen und haben ständig zu der Auslichtung von freien Wahlen gegriffen in dem Versuch, die Annexion der DDR durch Westdeutschland zu erreichen. . . . Heute ist Westdeutschland zu einem Zentrum des Kalten Krieges und zu einer Brutstätte des von der NATO geplanten und geführten aggressiven Kriegs geworden.“ (Nachrichtenagentur „Neues China“ im Kommentar zum sowjetischen Entwurf eines „Friedensvertrages“, den Peking „im vollen Umfange“ unterstützt).

„Da Westberlin auf dem Territorium der DDR gelegen ist, bedeutet die Wahl eines westdeutschen Präsidenten in Westberlin eine weitere provokatorische Handlung gegen die DDR.“ („Neues China“ zur Wahl des Bundespräsidenten in Berlin am 1. Juli 1959).

Ebenso eindeutig setzt sich Peking für die Pankower Pläne einer deutschen „Konföderation“ ein, beschimpft den Bundeskanzler, „in den Fußstapfen Hitlers“ zu treten. Der rotchinesische Botschafter in Ostberlin stimmte noch vor wenigen Wochen in Ulbrichts Propaganda-These von der angeblichen Vorbereitung eines Atomkrieges durch die „militaristische Adenauer-Clique“ ein. Das alles wird unter anderem auch von Radio Peking in 24 Sprachen mit täglich insgesamt 70 Sendestunden in aller Welt verbreitet.

Wenn einer aus der Reihe tanzt

Personalpolitik der SPD-Mehrheit in Dortmund

Die SPD-Fraktion im Dortmunder Stadtrat hat eine peinliche Niederlage erlitten. Ihr Versuch, mit radikalen Methoden ein unliebsam gewordenes Mitglied ihrer Partei aus seiner Stellung zu verdrängen, wirft ein bezeichnendes Licht auf die Methoden ihrer Kommunalpolitik.

Der Dortmunder Stadtrat, in dem die SPD die absolute Mehrheit besitzt, hatte 1952 den Posten des Baudezernenten, mit dem ihrer Partei angehörenden Stadtrat Heinisch besetzt. Als persönliche Zerwürfnisse zwischen Heinisch und der sozialdemokratischen Fraktion entstanden, versuchte die SPD, ihren Genossen kurzerhand von seinem Posten zu verdrängen — und beschloß am 6. November 1959 in einer nichtöffentlichen Dringlichkeitssitzung, das Baudezernat aufzuteilen, um wenigstens einen parteifremden Genossen im Baudezernat zu haben. Die CDU-Fraktion hatte damals vor der Abstimmung den Sitzungssaal aus Protest verlassen, die Vertreter der FDP hatten sich der Stimme enthalten.

Gegen diesen Ratsbeschluß erhob Heinisch Klage beim Verwaltungsgericht mit der Begründung, daß er zum Dezernenten für die gesamten technischen Ämter der Stadt berufen sei und daß die Herausnahme wichtiger Sachgebiete eine unzulässige Beschneidung seines Wirkungsfeldes darstellen würde. Da diese

Verwaltungsklage für die Berufung eines zweiten Baudezernenten eine aufschiebende Wirkung hatte, ordnete die SPD-Fraktion im Januar 1960, wiederum ohne Mitwirkung der CDU und FDP, in einer geheimen Sitzung die sofortige Vollziehung des Beschlusses vom 6. November 1959 an. Dieser neue Ratsbeschluß wurde sieben Monate später, am 12. August 1960, Heinisch zugestellt. Hiergegen erwirkte Heinisch eine einstweilige Anordnung des Verwaltungsgerichts, die der Stadt Dortmund untersagte, vorerst einen zweiten Baudezernenten zu bestellen. Das Gericht war angesichts der siebenmonatigen Wartezeit für die Zustellung der Auffassung, daß kein dringendes öffentliches Interesse bestehe, einen zweiten Baudezernenten zu berufen.

Gegen diese einstweilige Anordnung kann die Stadt Dortmund Beschwerde einlegen. Auf dieses Rechtsmittel will sie vorläufig jedoch verzichten, weil sie weiß, daß ihre Chancen, die einstweilige Anordnung umzustoßen, sehr gering sind.

Es tagen:

Deutschlandtag der Jungen Union vom 23. bis 25. September 1960 in Mainz.

Kommunalpolitische Vereinigung der CDU und CSU Deutschlands Bundesvertreter-Versammlung: 22. und 23. September 1960, Bonn.

Landesarbeitskreis für Mittelstand Schleswig-Holstein: 16. September 1960, 14.00 Uhr, Neumünster, Reichshalle.

Landesdelegiertentagung der CDU-Frauenvereinigung Württember-Hohen-zollern: 17. September 1960, Sigmaringen.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

Zwischenergebnis im Flüchtlingsjahr

Der Deutsche Ausschuss für das Weltflüchtlingsjahr will mindestens die Hälfte der in der Bundesrepublik gesammelten Spenden und Beiträge für Flüchtlinge im Ausland verwenden.

Schon jetzt liegen zahlreiche Anträge auf Finanzierung großer Projekte aus Flüchtlingsländern in aller Welt vor, z. B. Kranken- und Waisenhäuser, Kliniken, Weiterbildungsstätten, Berufsförderungsstätten.

Die bisherigen Zwischenergebnisse lassen doch noch ein einigermaßen befriedigendes Gesamtbild erhoffen. So brachte eine Straßensammlung im Bundesgebiet mehr als 1,5 Millionen DM. Darüberhinaus sind durch Abzeichenverkauf, private Stiftungen, namhafte Geldbeiträge aufgebracht worden. Der Ertrag der Sonderbriefmarken und der Beitrag aus Bund und Ländern erbrachte insgesamt 1,895 Millionen DM.

Flüchtlingsausweis für Handwerker

Der Gesamtverband der Sowjetzonen-Flüchtlinge hat die Flüchtlingsverwaltungen der Länder gebeten, den aus der Sowjetzone geflüchteten Handwerkern den Flüchtlingsausweis nicht deswegen zu verweigern, weil mit der Zwangskollektivierung der Handwerker eine ganze Bevölkerungsgruppe betroffen wurde. Jeder Antrag eines geflüchteten Handwerkers muß nach Auffassung des Verbandes als tragischer Einzelfall behandelt werden, ebenso wie das bereits bei den geflüchteten Bauern geschehen ist. Die Anerkennung dieser ehemals selbständigen Zonenflüchtlinge wird als selbstverständlich angesehen, weil sie die Voraussetzung für den Aufbau einer neuen Existenz in der Bundesrepublik ist.

Über 300000

Vertriebenen-Unternehmen

Die Eingliederung von Millionen von Vertriebenen und Flüchtlingen innerhalb von 15 Jahren ins Wirtschaftsleben kommt auch darin zum Ausdruck, daß es gegenwärtig mehr als 200 000 Vertriebenenunternehmen in der Bundesrepublik gibt. Dazu sind noch mehr als 100 000 landwirtschaftliche Betriebe zu zählen, die mit Hilfe von Bundesmitteln zu Voll- oder Nebenerwerbsstellen für vertriebene Bauern ausgebaut wurden.

Diese Leistung ist in zahlreichen Ländern, die ähnliche Aufgaben haben, wie z. B. Indien, Pakistan, Ägypten, Tunesien, Marokko und Südkorea Gegenstand des Interesses und der Nachfrage.

Für friedliches Miteinander

Minister Erhard zum deutsch-polnischen Verhältnis

Zum „Tag der Oberschlesier“ sprach der Minister für Wirtschaft und Stellvertreter des Bundeskanzlers, Prof. Dr. Ludwig Erhard am 28. August 1960 in Düsseldorf über das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und Polen.

Prof. Erhard führte dabei u. a. aus:

„Wir und alle Völker brauchen sowohl für die gesellschaftliche Ordnung im Innern wie auch für das politische Leben und Zusammenleben mit anderen den Frieden und die Gewißheit, daß dieser Segen beständig ist. Der Friede aber steht auf schwankendem Boden, solange man den Völkern das Selbstbestimmungsrecht verweigert. Das Selbstbestimmungsrecht aber gilt nicht nur für die farbigen Völker — sondern für alle, auch für die Polen, Ungarn und Deutschen.“

Wer für sein Volk auf dem Recht nach Selbstbestimmung beharrt, ist kein Nationalist, und er bedroht mit diesem Verlangen niemanden. Wer hingegen den Völkern das Recht auf Selbstbestimmung verweigert, hält das Feuer politischer Unruhe wach und macht sich des Frevels schuldig, fortdauernd den Frieden der Welt zu stören. Wir wissen, daß auch das polnische Volk, ebenso gewiß wie das deutsche, den Frieden erhalten sehen will.

Es muß eine Friedensordnung in Europa möglich sein, die für alle Zeiten den verderblichen und unwahrhaftigen Kampf um den sogenannten ‚Lebensraum‘ beendet. Wir wissen, daß das deutsch-polnische Verhältnis wechselseitig mit mancher Hypothek behaftet ist. Keine Worte können die Untaten, die im Namen des deutschen Volkes gegenüber dem polnischen Volke begangen wurden, tilgen. Wir beklagen es auf das tiefste, was alles in dieser dunkelsten Epoche deutscher Geschichte geschehen ist. Aber wir können auch nicht jenes Unrecht übersehen, das nach 1945 deutschen Menschen im Osten widerfahren ist.

Wir wollen, ja wir ersehnen friedliche Nachbarschaft mit Polen, das einst ebenso von deutscher wie von sowjetrussischer Gewalt heimgesucht wurde. Dieses Land wurde das Opfer nationalsozialistisch-bolschewistischer Kumpanei — die Untat zeugt fort. Deutsches Land — Eure Heimat, meine lieben Oberschlesier — wurde das nächste Opfer. Seitdem sind Moskaus ‚Friedenstauben‘ die Totenvögel der Hälfte unseres europäischen Kontinents geworden.

Das deutsche Oberschlesien — Beuthen, Neisse und Oppeln, und wie die Städte und Dörfer alle heißen mögen, sind nun eben einmal Zeugnisse deutscher und nicht polnischer Lebensart. Daran kann auch die Tatsache der gegenwärtigen Verwaltung durch Polen nichts ändern.

Die Grenzen im Osten sollen nach der Übereinkunft der Siegermächte im Potsdamer Abkommen durch einen Friedensvertrag festgelegt werden. Und Sie und wir alle haben keinen Grund, uns das

Recht auf unsere angestammte Heimat durch Unrechts-Akte schmälern zu lassen. Gerade das polnische Volk, das durch Sieger-Willkür in seiner Geschichte wiederholt geteilt wurde, sollte erkennen, daß so auch die deutsche Teilung keine Grundlage für eine beständige friedliche Ordnung in Europa sein kann.

Doch Europa, dem sich das polnische Volk nicht minder verbunden fühlt als wir, kann nicht gebaut werden, wenn sich seine Völker gegenseitig immer nur Fehler der Vergangenheit vorhalten. Wir müssen vielmehr in die Zukunft blicken und die künftigen Möglichkeiten eines friedlichen Neben- und Miteinander sorgfältig wägen. Nach dem, was sich Deutsche und Polen im Ablauf der Geschichte gegenseitig an Leid zugefügt und inzwischen gemeinsam durch den Bolschewismus erduldet haben, müßte es möglich sein, Mittel und Wege zu finden, dieses friedliche Nebeneinander ohne Feindschaft gegenüber unseren übrigen Nachbarn zu erreichen.

Wenn sich bisher noch irgendeiner Illusion darüber hingeben konnte, wer den Frieden Europas, ja den der ganzen Welt stört, weiß es nun wohl mit Gewißheit: Der sowjetische Imperialismus, der die Welt mit der Hypothek von zwölf Millionen deutschen Vertriebenen belastete, ist immer auf dem Sprung, sein Reich der Unfreiheit auszudehnen, wo immer er eine Chance wittert. Chruschtschow führt uns täglich vor Augen — wie ich glaube, zu unserem Nutzen —, daß Moskau ein Hort des aggressiven Rückschritts ist.

Wir würden der Bedeutung des Augenblicks nicht gerecht werden, würden wir nicht auch jener Brüder und Schwestern gedenken, die in unerschütterlicher Treue auf dem heimatlichen Boden ausharren und manche materielle und seelische Drangsal zu bestehen haben. Wir wissen um ihre schwere Lage, in der sie hart und tapfer für die Bewahrung ihrer Eigenart, ihrer Verbundenheit mit dem deutschen Volke und ihrem christlichen Glauben einzustehen haben. Sie können unserer brüderlichen Verbundenheit gewiß sein.“

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg (z. Z. in Urlaub), Dr. Wolfgang Peters, Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postcheck-Konto Köln 1937 95, Commerzbank - Bankverein, Bonn Nr. 12 493. — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Armer Steuerzahler

SPD-Mehrheit im Kreis Dinslaken setzt ihren Willen durch

Es ist immer wieder festzustellen: Dort, wo die SPD in Kreistagen oder Stadtverordnetenversammlungen die Mehrheit hat, ist sie allzu gern bereit, sich über begründete Einwände, ja sogar rechtliche Erfordernisse hinwegzusetzen, wenn sie ihren Willen durchsetzen will.

Durch Verfügung des Kultusministeriums von Nordrhein-Westfalen wurde vor kurzem der Landkreis Dinslaken in zwei Schulaufsichtsbezirke eingeteilt. Die Landesregierung hatte je einen Schulrat für die beiden Bezirke abgeordnet; obwohl einer der Beamten als der SPD nahestehend gilt, wandte sich die SPD im Kreistag gegen die beiden Schulräte und beschloß mit ihrer Mehrheit, die Stellen für kommunale Oberschulräte ausschreiben zu lassen. Eine von der CDU beantragte namentliche Abstimmung über den Antrag der SPD wurde von ihr abgelehnt. Der Kreisdirektor behielt sich vor, eventuell gegen den Beschluß der SPD Einspruch einzulegen. Die beiden von der Landesregierung vorgeschlagenen Schulräte verzichteten unter dem Eindruck der Meinungsverschiedenheiten im Kreistag darauf, ihre Stellen anzutreten.

Wie von einem Sprecher der SPD-Fraktion im Kreistag mitgeteilt wurde, sollen die kommunalen Oberschulräte auch noch andere Aufgaben übernehmen, so z. B. Jugendfragen, die Volkshochschule und kulturelle Angelegenheiten.

Die CDU-Fraktion wies mit Recht darauf hin, daß der Kreis nicht neue Belastungen auf sich nehmen solle, da er

sich durch die Unterstützung überörtlicher Aufgaben in letzter Zeit stark verpflichtet habe. Im Laufe der Jahre werde für die kommunalen Oberschulräte ein Aufwand von etwa 600 000 DM notwendig. Das Land hätte die Schulräte, wenn sie von ihm delegiert werden, auch bezahlt. Nun sei nicht sicher, ob das Land den kommunalen Schulräten die staatliche Aufsicht übertrage, so daß am Ende eventuell vier Schulräte im Kreis tätig sein würden.

Die SPD blieb bei ihrem Nein: die Ausschreibung wurde durchgesetzt.

Was eintreten mußte, geschah: Der Kreisdirektor legte pflichtgemäß Einspruch gegen den SPD-Beschluß ein. In seiner Begründung an die Bezirksregierung wies er darauf hin, daß die Änderung der Kreissatzung notwendig sei, da die von der SPD gewünschten Stellen dort nicht vorgesehen sind, daß die Ausschreibung an sich ungesetzlich sei, weil das Kultusministerium die Übertragung der staatlichen Aufsicht abgelehnt habe und daß die Einstellung kommunaler Schulräte im Kreise Dinslaken wirtschaftlich nicht vertretbar sei. Entsprechend diesem Einspruch entschied das Kultusministerium nun, daß der mit SPD-Mehrheit gefaßte Beschluß zu beanstanden sei.

Aus Ulbrichts Reich

BLUMENTOPF. Aus 3000 Streben unbrauchbarer Schutzbleche für Fahrräder wollten die Mechaniker des Fahrradwerkes Brandenburg Blumentopfhalter anfertigen. Sie erhielten dazu aber nicht die Genehmigung. Die Streben liegen nach Mitteilung der „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“ nun ungenutzt auf Lager.

ABER. „Was tut die Obrigkeit gegen Niethosen?“, fragt entrüstet die SED-Zeitung „Aufwärts“ und stellt fest: „Die Niethosen kommen aus Amerika. Auch die Kartoffelkäfer und der kalte Krieg. Gegen Kartoffelkäfer gibt es ein Pulver und gegen den kalten Krieg Maßnahmen unserer sowjetischen Freunde und unserer Regierung. Aber ...“

AUTOMATEN. Die vielgepriesenen neuen Verkaufsautomaten in der Zone stehen nach Zeitungsberichten zumeist leer. So schreiben die „Brandenburgischen Neuesten Nachrichten“ über den „schönen Automaten“ am Platz der Einheit: „Ein Teil seiner Fächer bietet nichts und das vorhandene Angebot besteht aus Glühbirnen und Zahnpasta.“

Grün für Linksradikale

Die Zulassung von Wählergemeinschaften zu den Kommunalwahlen in Niedersachsen hat zur Folge, daß linksradikale Wählergemeinschaften entstanden sind. In Hannover haben bisher zwei ehemalige KP-Mitglieder, Steinweg und Schneemann, eine solche Wählergruppe gegründet. Die beiden kommunistischen Parteigründer sind bereits wegen landesverräterischer Beziehungen vorbestraft.

Protest gegen DGB

Der Bremer Bundestagsabgeordnete Senator a. D. Karl Krammig ist aus Protest gegen die Haltung des DGB aus der DGB-Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr ausgetreten. Krammig gehörte dem Hauptvorstand der Gewerkschaft an und war Vorsitzender des Fachausschusses Zoll in der ÖTV.

In einer Erklärung begründet Krammig, der Vorsitzender der CDU-Fraktion der Bremer Bürgerschaft ist, seinen Austritt mit der Feststellung, daß der DGB, wie die ihm angeschlossenen Gewerkschaften laufend gegen den Grundsatz der parteipolitischen Neutralität verstößt. Der Austritt ist insbesondere ein Protest gegen die Kulturpolitik des DGB. Die Erklärung schließt mit dem Hinweis, daß die fast ausnahmslos sozialdemokratischen Führungskräfte die Gewerkschaften für ihre parteipolitischen Zwecke einspannen.

Der Fall Conle: Duisburg schweigt sich aus

Die Anklagen der Staatsanwaltschaft gegen den Duisburger SPD-Ratscherrn Conle wegen Bestechung und Untreue haben bei den zuständigen Gremien in Duisburg merkwürdige Folgerungen ausgelöst. Wie in „Union in Deutschland“ bereits berichtet, wird Conle beschuldigt, bei Grundstückstauschgeschäften die Stadt um 200 000 DM geschädigt zu haben; ein zweites Strafverfahren wurde gegen ihn angekündigt, weil er als Bauunternehmer bei der Verwendung öffentlicher Mittel in Höhe von 26 Millionen DM — zugewiesen durch die Stadtverwaltung — zahlreiche gesetzliche Vorschriften nicht beachtet habe. Trotz des schwebenden Verfahrens hat die SPD-Mehrheit gegen den Einspruch der CDU Conle mit einem neuen Bauauftrag bedacht.

Die „Deutsche Zeitung“ kritisiert am 24. August die Politik der verantwortlichen Gremien in Duisburg, den Fall Conle mit beharrlichem Schweigen zu übergehen. Sie fordert die Landesregierung und den Bund auf, sich um die beharrliche „Baupolitik“ in Duisburg — bei der es um Gelder von Land und Bund geht — zu kümmern. Das Blatt schreibt:

„Wenn in Bonn jemand den Anschein erweckt, er weiche vom Pfad der Tugend ab, so entsteht ein gewaltiger Krach. Das ist, sofern wirklich etwas daran ist, gar nicht schlecht. Gleich muß die Regierung Rede und Antwort stehen. Disziplinarverfahren werden eingeleitet, eine endlose Auseinandersetzung fängt an. Wahrscheinlich liegt das nicht zuletzt an der großen Zahl von nachrichtenhungrigen Journalisten in Bonn. Hier kann nichts verschwiegen und nichts vertuscht werden. So viele Journalisten gibt es aber nicht in den Landeshauptstädten. Daher geht es dort bei ähnlichen Erscheinungen viel friedlicher zu. Die Landesregierungen werden von ihren Parlamenten mit derlei Anfragen weniger behelligt als die Bundesregierung, obwohl sie in vielen Fällen, so zum Beispiel immer dann, wenn es sich um die Justiz handelt, eigentlich zuständig wäre. Weit aus dem besten aber haben es die Stadtverwaltungen. Sie können machen, was sie wollen. Eine ernstliche Kontrolle der Kommunalverwaltungen durch die Öffentlichkeit gibt es nicht. Wird eine Kommunalverwaltung öffentlich kritisiert, so kümmert sie sich nicht darum; sie schweigt und tut, als ob nichts geschehen sei. Sogar wenn die Strafverfolgungsbehörden eingreifen, wird von dieser Praxis nicht abgegangen.“

Flucht in die Freiheit

In der Woche vom 20. August bis 26. August sind 5486 Menschen aus der Sowjetzone (in der Vorwoche 4596) in die Bundesrepublik geflohen. Davon waren 879 (827) Alleinstehende bis zu 24 Jahren.